



BBE-Arbeitsgruppe „Kommune und Bürgerschaftliches Engagement“

Dienstag, 19. Sept. 2023, 14:00 – 16:00 Uhr | Digital
Einladung

Die digitalen Zugangsdaten (Zoom) werden allen Angemeldeten ca. ein Tag vor der AG-Sitzung zugesandt.

14:00 Uhr Beginn

TOP 1: Begrüßung & ggf. Vorstellung neuer AG-Mitglieder

TOP 2: Schwerpunkt: „Dritte Orte und engagierte Bürgerschaft“

Der Begriff „Dritte Orte“ soll hier als Platzhalter dienen für die Vorstellung bzw. Praxis, dass öffentliche, nicht-kommerzielle physische Orte und Räume der Begegnung und Aktivität durch bzw. mit bürgerschaftlichem Engagement geschaffen und erhalten werden.

In das Thema führen zwei Expertinnen mit ihren jeweiligen Erfahrungen ein:

Andrea Hankeln, Gruppenleiterin im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen Referatsleiterin 421 für den Bereich „Ländlicher Raum, Regionale Kulturpolitik, Dritte Orte“. Vor dieser Tätigkeit war sie für das Ref Bürgerschaftliches Engagement des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur & Sport NRW tätig und davor als Geschäftsführerin des CBE – Centrum für bürgerschaftliches Engagement e.V. (Mülheim/Ruhr).

Andrea Hankeln wird das **Förderprogramm „Dritte NRW“** (www.dritteorte.nrw), dessen Konzept und Förderkriterien sowie die Erfahrungen mit den geförderten Projekten vorstellen.

Janine Bliestle, aktives Mitglied unserer AG und Fachberaterin für das Gemeindeforschungsbüro Baden-Württemberg wird ihre Erfahrungen und Erkenntnisse zu „Dritten Orten“ als Räume mit Potential vorstellen.

In der anschließenden **Diskussion** werden wir das Thema vertiefen und schauen, welche Positionierungen oder Empfehlungen wir hieraus ableiten können.

TOP 3: Engagementstrategie des Bundes

- Stand der Dinge
- Eigene Positionierung / eigener Beitrag unserer AG? Siehe hier „Stichworte“ von Siegmund Schridde (Stadt Rheine) im Anhang

TOP 4: Bericht aus dem BBE bzw. zu engagementpolitischen Entwicklungen

Insbesondere: Bericht aus dem Projekt „Engagierte Stadt“ und aus Geschäftsstellenprojekten oder Vorhaben anderer AGs, die Schnittstellen zu unserer AG aufweisen



TOP 5: Verabredungen, die nächsten Termine ...

TOP 6: Verschiedenes



ANHANG

„Stichworte“

für ein Papier der BBE-AG „Bürgerschaftliches Engagement und Kommune“
zum aktuellen Engagementstrategieprozess des Bundes

Ausgangslage

- Ziel der Engagementstrategie des Bundes soll nach eigener Beschreibung sein, einfache, unbürokratische und nachhaltige Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement zu schaffen.
- Bürgerschaftliches Engagement findet in seinen vielfältigen Facetten in allen Gesellschaftsbereichen zu rund 80 % in den Kommunen (Kreise, Städte, Gemeinden) bzw. in im lokalen Raum statt (2. Engagementbericht, Zentrale Ergebnisse). Es stärkt dort im besonderen Maße die Gemeinschaft, fördert die lokale Demokratie und sorgt für ein gutes Lebensumfeld.
- Bürgerschaftliches Engagement ist für Kommunen essenziell. Eine engagierte und aktive lokale Bürgerschaft ist Grundvoraussetzung für ein funktionierendes und zukunftsfähiges Zusammenleben vor Ort – auch zur Sicherung der Daseinsvorsorge mit seinen Herausforderungen u.a. in den Handlungsfeldern „demografischer Wandel“ und „Entwicklung hin zu einem Einwanderungsland“.
- Die Bundesländer erkennen mehr und mehr, dass das Politik- und Handlungsfeld „Kommunale Engagementförderung“ Unterstützung benötigt. Vorreiter ist hier bereits seit den 1990er Jahren das Land Baden-Württemberg mit seinen Städte-, Gemeinde- und Landkreisnetzwerken. Das Land NRW initiierte 2015 den Aufbau des „Kommunen-Netzwerk:engagiert in NRW“. In Rheinland-Pfalz und Hessen wurden Qualifizierungsangebote und Förderanreize für Kommunen entwickelt. In Bayern stimmen sich kommunale Engagementförderer(innen) landesweit in einer Arbeitsgruppe ab.

Darüber hinaus verabschieden die Bundesländer vermehrt Landes-Engagementstrategien (z. B. Hamburg, Baden-Württemberg, NRW, Sachsen-Anhalt, ...).

- Auch die Kommunen erkennen immer mehr den Mehrwert einer als Querschnittsaufgabe definierten kommunalen (lokalen) Engagementförderung. Das Vorhandensein von zentralen kommunalen Koordinierungsstellen, lokalen Engagementbündnissen oder kommunalen Engagementleitlinien/-strategien als Instrumente haben sich allerdings noch nicht flächendeckend etabliert.

Bezüge

- Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland (Schwerpunktthema „Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung), 2016
 - *Kommunen sollten die Engagementförderung vorantreiben. Dafür notwendig ist eine intelligente bundes- und landespolitische Flankierung im Rahmen des kooperativen Föderalismus.*
 - *Die Engagementpolitik von Bund, Ländern und Kommunen ist gut beraten, politische Partizipation und freiwilliges Engagement stärker zusammenzudenken.*
 - *Maßnahmen des Bundes und der Länder sollen sich sinnvoll in die kommunale Engagementpolitik integrieren lassen.*
 - *Die Rolle freiwilligen Engagements sollte für die Sicherung der Daseinsvorsorge künftig verstärkt in kommunalpolitische Aushandlungs- und Beteiligungsprozesse einbezogen werden. In der Koproduktion von Daseinsvorsorge benötigen die Kommunen mehr Kompetenzen, Begleitung, Beratung sowie adäquate Rahmenbedingungen.*



- *Die finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen sollten durch ein gemeinschaftlich von Bund, Ländern und Gemeinden finanziertes Daseinsvorsorge-Programm in strukturschwachen Regionen erweitert werden. Dabei ist der wichtige Beitrag des Engagements zu berücksichtigen, ohne die Pflichtaufgaben in der Daseinsvorsorge infrage zu stellen.*
- *Es ist von zentraler Bedeutung, dass Kommunen in der Lage sind, ihrer Verantwortung für die regionale Daseinsvorsorge nachzukommen und eine über die Grundbedürfnisse hinausgehende Infrastruktur vorzuhalten. Die Kommission thematisiert in diesem Zusammenhang ein Staatsebenen-übergreifendes, gemeinschaftlich finanziertes Daseinsvorsorgeprogramm sowie eine mögliche Kompetenzerweiterung zugunsten der Kommunen.*
- Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements - Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Wege in eine zukunftsfähige Bürgerschaft", 2002
 - *Die verschiedenen föderalen Ebenen bei der Engagementförderung sind an vielen Stellen verschränkt. Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements findet im Rahmen eines Mehrebenensystems statt, dessen Ebenen koordiniert sein wollen, soll die Förderung Wirksamkeit und Nachhaltigkeit entfalten. Engagementförderung als Querschnittsaufgabe erfordert daher eine angemessene Gestaltung der föderalen Aufgabenteilung, an der der Bund maßgeblich beteiligt ist.*
 - *Die Abstimmung der Engagementförderung zwischen den föderalen Ebenen ist nicht nur eine Frage des guten Willens, der Koordination und Kommunikation. Es geht dabei auch um Handlungsspielräume und um Ressourcen: Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements findet gerade in den Kommunen häufig ihre Grenze in geringen finanziellen und politischen Möglichkeiten. Zur Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit (und damit zur Stärkung des Subsidiaritätsprinzips) ist es notwendig, vor allem den Kommunen größere Gestaltungsräume zu eröffnen und sicherzustellen, dass die Übertragung von Aufgaben im Sinne des Konnexitätsprinzips auch mit der Bereitstellung entsprechender Finanzmittel einhergeht.*
 - *Wünschenswert wäre eine stärkere Autonomie der Kommunen, Rahmenbedingungen für Projekte bürgerschaftlichen Engagements durch Globalmittel nach eigenen Vorstellungen zu setzen.*

„Kommunale“ Wünsche/Anregungen für die Engagementstrategie des Bundes

Unter Berücksichtigung

- des eingeschränkten Gestaltungsrahmens des Bundes hin zur kommunalen Ebene,
- des Subsidiaritätsprinzips (einschließlich der Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung),
- der Einordnung der kommunalen Engagementförderung als freiwillige Aufgabe sowie
- der Eigenverantwortlichkeit und des Eigensinns von Bürgerschaftlichen Engagement

werden die folgenden Wünsche, Anregungen zur Stärkung der kommunalen Engagementförderung als sinnvoll erachtet:

- Programme und Projekte wirkungsorientiert und nachhaltiger anlegen
Auch aufgrund vielfältiger Programmaktivitäten von Bund und Ländern sind auf kommunaler Ebene unterschiedliche, teilweise konkurrierende Infrastrukturen der Engagementförderung aufgebaut worden. Es fallen vor allem zwei Herausforderungen auf, die mit dem Angebot der lokalen Infrastruktur für Engagement und den Förderlogiken von Bund und Ländern einhergehen: der mangelnde Zusammenhang (Kohärenz) der Angebote innerhalb der lokalen Engagementlandschaft und ihre fehlende Nachhaltigkeit bzw. Fortdauer (Kontinuität) (2. Engagementbericht).
- Wissenschaftliche Forschung im Handlungsfeld der kommunalen Engagementförderung initiieren und ermöglichen



Für eine gezielte lokale Engagementpolitik werden planungsrelevante Daten und verlässliche Informationen auf regionaler und kommunaler Ebene benötigt. ... Über die finanziellen Dimensionen der Engagementförderung ist noch zu wenig bekannt. Ausmaß, Schwerpunkte und Wirkungen der Förderung sollten erforscht werden (2. Engagementbericht).

- Unterstützung beim Aufbau bzw. der Optimierung einer lokalen Engagement fördernden Infrastruktur.
Auffällig sind das Nebeneinander unterschiedlicher Förderstrukturen, die örtliche und regionale Ballung sowie eine geringe Anzahl von Einrichtungen zur Engagementförderung in dünn besiedelten ländlichen Regionen. Insgesamt kann keineswegs davon gesprochen werden, dass es auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene ein Konzept für eine gemeinsame strategische Infrastrukturförderung gäbe (2. Engagementbericht).

Der Zweite Engagementbericht und der Siebte Altenbericht zeigen, dass die Stärkung der Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement als ein Schwerpunkt der Engagementförderung dazu dient, dass die Kommunen die im Bericht beschriebenen Aufgaben erfüllen können. Die Kooperation mit Verbänden, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Vereinen und Organisationen stellt hierbei eine zentrale Aufgabe dar, bilden diese doch in Deutschland maßgeblich den Rahmen für Engagement.

- Initiierung von Qualifizierungen und Informationskampagnen (Konferenzen) für die Zielgruppe „Kommunale Verwaltungen“, um das Bewusstsein für eine strategische Herangehensweise einer kommunalen Engagementförderung zu schärfen. Hilfreich kann dabei die Einbeziehung von Ausbildungseinrichtungen für den Nachwuchs der Kommunalverwaltungen sein.
- Eine kommunale/lokale Engagementförderung ist je nach den örtlichen Ausgangslagen und Engagementakteuren individuell und unterschiedliche auszugestalten. Die Erarbeitung von grundsätzlichen Empfehlungen für die Implementierung kommunaler Engagementstrategien in Zusammenarbeit mit den Ländern und kommunalen Best Practice-Beispielen können aber für die Kommunen als Orientierung hilfreich sein.
- Soweit noch nicht vorhanden sollte die Bundesregierung ressortübergreifende (interministerielle) Arbeitsgruppen oder vergleichbare Strukturen zum bürgerschaftlichen Engagement einrichten. In diesen können sich ein gemeinsames Verständnis von Bürgerkommune und bürgerschaftlichem Engagement herausbilden und (kommunale) Förderprogramme abgestimmt werden.